

[Adresse Empfänger]

Berlin, den 04.03.2025

Humanitäre Themen und Globale Gesundheit in den Koalitionsvertrag

Sehr geehrte [Adressat],

ich wende mich heute an Sie, da die humanitären Bedürfnisse so drängend wie nie zuvor sind und der Druck auf betroffene Regionen und Organisationen – unter anderem aufgrund des katastrophalen Stopps der US-Auslandshilfen – noch nie so hoch war. Als wichtiger Akteur in einer neuen Regierungskoalition appellieren wir an Sie, das Thema humanitäre Hilfe und globale Gesundheit vorausschauend und verlässlich im Koalitionsvertrag Ihrer Regierung zu verankern.

ÄRZTE OHNE GRENZEN ist täglich mit den gravierenden Auswirkungen bewaffneter Konflikte, Kriege und Naturkatastrophen sowie mit fragilen Gesundheitssystemen auf Menschen konfrontiert. Gleichzeitig treibt uns die Sorge um, dass sich nach den USA weitere bedeutende Geberländer aus ihrem humanitären Engagement zurückziehen könnten. In den letzten Jahrzehnten erfolgten die humanitäre Hilfe sowie die Finanzierung globaler Gesundheitsprojekte durch die deutsche Regierung stets bedarfsoorientiert und ohne Vorbedingungen. Diese Praxis hat Deutschland einen Ruf als verlässlichen und glaubwürdigen Partner im internationalen Kontext verschafft. Hieran muss eine neue Bundesregierung weiter anknüpfen – auch um Mitmenschlichkeit in der internationalen Politik zu leben und politisches Kapital zu bewahren.

Konkret appellieren wir daher an Sie, sich in den kommenden Koalitionsgesprächen für folgende Anliegen einzusetzen:

- **Die Erhöhung der finanziellen Mittel für humanitäre Hilfe und deren bedarfsoorientierte Verwendung.** Dabei müssen die entscheidenden humanitären Prinzipien der Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Neutralität gewahrt bleiben. Eine Instrumentalisierung der humanitären Hilfe für außenpolitische und außenwirtschaftliche Ziele ist abzulehnen, um Vertrauen und Verlässlichkeit bei internationalen Partnern zu erhalten. Ferner sollte die von Deutschland geförderte humanitäre Hilfe auf die drängenden Herausforderungen unserer Zeit, wie die Folgen des Klimawandels und weltweite Hungerkrisen, ausgerichtet werden.
- **Die menschenwürdige Unterbringung aller Menschen, die in der Europäischen Union Schutz suchen, einschließlich des Zugangs zu fairen und rechtsstaatlichen Asylverfahren sowie medizinischer und psychosozialer Hilfe.** Dabei ist u.a. die Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten abzulehnen.
- **Die fortgesetzte und ausreichende Finanzierung von Finanzierungsinstrumenten der globalen Gesundheit, wie dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria sowie der Impfallianz Gavi.**

- **Die Bereitstellung zusätzlicher öffentlicher Mittel zur Erforschung neuer Antibiotika zur Eindämmung antimikrobieller Resistenzen.** Um weitere Resistenzbildungen zu verhindern, muss der Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung sichergestellt werden.

Beiliegend übermittle ich Ihnen ein Dokument mit konkreten Sprachvorschlägen für einzelne Kapitel des Koalitionsvertrags. Zudem lasse ich Ihnen den vorliegenden Brief sowie das Dokument auch in elektronischer Form zukommen.

Gerne kann ich die oben angesprochenen Themen sowie darüberhinausgehende Prioritäten von ÄRZTE OHNE GRENZEN für die kommende Legislaturperiode auch in einem persönlichen Gespräch mit Ihnen weiter vertiefen. Für eine Terminvereinbarung kann sich Ihr Büro gerne jederzeit an meine Mitarbeiterin [Name] wenden.

Mit freundlichen Grüßen

[Absender] ÄRZTE OHNE GRENZEN

Humanitäre Hilfe und Humanitäres Völkerrecht

- Die finanziellen Mittel für humanitäre Hilfe werden erhöht und bedarfsorientiert eingesetzt. Wir achten dabei die humanitären Prinzipien Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Neutralität. Wir unterstützen Menschen weltweit, auch in vernachlässigten Krisen.
- Mit Mitteln der Humanitären Diplomatie setzen wir uns auf bilateraler und multilateraler Ebene dafür ein, dass Hilfe bei den Betroffenen ankommt und Zugang für humanitäre Akteure gewährleistet ist.
- Wir setzen uns für die Achtung des Humanitären Völkerrechts und für eine ungehinderten Handlungsspielraum humanitärer Organisationen weltweit ein. Humanitäre Hilfe darf weder behindert noch kriminalisiert werden. Wir stehen hinter dem Internationalen Strafgerichtshof und seinem Auftrag, Verantwortliche für Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht und das Völkerstrafrecht zur Verantwortung zu ziehen.

Internationale Klimapolitik

- Wir werden unsere Zusagen im Bereich der internationalen Klimafinanzierung erfüllen und perspektivisch erhöhen, um den Herausforderungen der Klimakrise gerecht zu werden. Im Mittelpunkt unserer internationalen Zusammenarbeit stehen besonders betroffene Länder und Gemeinschaften, die wir wirksam bei Klimaschutzmaßnahmen, der Anpassung an Klimafolgen und der Bewältigung von Klimaschäden unterstützen.
- Wir setzen uns für eine ressortübergreifende, kohärente internationale Klimapolitik ein. Als Treiber für ambitionierte Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen wollen wir Gesundheit im Rahmen des One-Health-Ansatzes fest verankern und international vorantreiben.

Sexuelle und reproduktive Gesundheit

- Wir setzen uns für eine finanzielle und politische Stärkung von sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte in humanitären Kontexten ein. Wir wollen das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und Gesundheit – einschließlich des Rechts auf Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen – sowie die bestehende Gesundheitsstrategie des Auswärtigen Amtes im Bereich der humanitären Hilfe umfassend umsetzen.

Flucht und Migration

- Alle Menschen, die in der EU Schutz suchen, müssen menschenwürdig untergebracht werden. Dazu gehören faire, rechtsstaatliche Asylverfahren sowie der Zugang zu medizinischer Hilfe und psychosozialer Unterstützung. Die Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten lehnen wir ab.
- Die Bundesregierung setzt sich auf europäischer Ebene für verstärkte staatliche und proaktive Such- und Rettungseinsätze im Mittelmeer ein. Das Ziel ist eine effektive, menschenrechtskonforme Antwort auf die humanitäre Krise an den EU-Außengrenzen. Pushbacks an Land und auf See sind schwere Menschenrechtsverletzungen und verstößen gegen das völkerrechtlich verbindliche Non-Refoulement-Gebot.
- Die Bundesregierung wird sich für die Einführung verbindlicher menschenrechtlicher Leitlinien für Migrationspartnerschaften mit Drittstaaten einsetzen. Kooperationen mit Staaten, die systematisch Menschenrechte verletzen, werden nicht fortgesetzt.

Globale Gesundheit und Entwicklungszusammenarbeit

- Wir stärken weiterhin die Globalen Gesundheit durch verlässliche und ausreichende Finanzierung multilateraler Institutionen, wie dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria und der Impfallianz Gavi.
- Zur Eindämmung von Antimikrobielle Resistenzen stellen wir mehr öffentliche Gelder zur Erforschung neuer Antibiotika bereit. Um weitere Resistenzbildungen zu verhindern, setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung haben.
- Für die Bekämpfung armutsassozierter und vernachlässigter Krankheiten setzen wir uns für eine ausreichende Finanzierung ein.
- Wir setzen uns für die Bekämpfung der globalen Mangelernährung ein, besonders in Krisen- und Konfliktgebieten. Dafür verfolgen wir einen umfassenden Ansatz, der den Zugang zu medizinischer Grundversorgung, Nahrung, sauberem Wasser, Hygiene und Routineimpfungen gewährleistet.